Forum-Gewerberecht | Spielrecht | GLP-Politiker fordert: Die Stadt soll ihre Casino-Aktien verkaufen

Autor	Beitrag

Autor	Beitrag
räubertochter 16.07.2019 09:05	Fraktionspräsident Gian von Planta bezeichnet die Mehrheitsbeteiligung der Stadt an der Spielbank als nicht mehr zeitgemäss. Nach 2016 stellt erneut ein Politiker die Mehrheitsbeteiligung der Stadt Baden am Grand Casino infrage. Gian von Planta, Fraktionspräsident der GLP, fordert den Stadtrat mit einem Postulat dazu auf, den Verkaufswert der Anteile (50,006 Prozent) von einer externen Firma prüfen zu lassen und eine Veräusserung der Aktien in Betracht zu ziehen. «Dass die Stadt eine Mehrheitsbeteiligung an einer Gesellschaft hält, die im In- und Ausland Casinos betreibt, ist nicht mehr zeitgemäss», findet von Planta. Die Stadtcasino Baden-Gruppe ist auch mit je 25 Prozent an drei Casinos im deutschen Bundesland Sachsen-Anhalt vertreten. Von Planta nennt weitere Gründe für einen Verkauf: «Aufgrund der guten Geschäftsaussichten, der aktuellen Zinssituation, welche die Dividendentitel sehr hoch bewertet, und dem Erhalt der Lizenz für Online-Casinos scheint der richtige Moment für eine Veräusserung gekommen zu sein.» Nicht zuletzt würde ein Aktienverkauf auch die aktuell hohe Verschuldung der Stadt erheblich verkleinern. Wert von 42 Millionen Franken? Der Finanzpolitiker, der sich letzten Herbst unter anderem gegen eine Steuererhöhung ausgesprochen hatte, rechnet im Postulat vor, wie viel der Verkaufswert betragen könnte: «Der ausserbörsliche Kurs beträgt rund 600 Franken pro Aktie, womit die städtische Beteiligung aktuell einen Wert von 30 Millionen Franken hätte.» Zusätzlich der Dividendenrendite könnte der Beteiligungswert rund 42 Millionen Franken betragen, vermutet von Planta. Vor drei Jahren war es ein Sozialdemokrat, der forderte, die Stadt solle ihre Casino-Anteile verkaufen. Einwohnerrat Markus Widmer wies auf die Risiken hin und darauf, dass die jährliche Dividende des Casinos «unmoralisch» erwirtschaftet sei, mit Glücksspiel. Würden Arbeitsplätze verloren gehen? Der Stadtrat vertrat die Auffassung, dass die Beteiligung zwar kein direktes öffentliches Interesse verfolgt, aber durchaus rechtens und gerechtfertigt sei. Dies beispielsweise, weil das Stadtcasino zurzeit in Baden 350 Mitarbeiter beschäftige, darunter viele in der Stadt wohnhafte Steuerzahler. Mit der Mehrheitsbeteiligung könne die Stadt auf die Entwicklung dieser Arbeitsplätze Einfluss nehmen. Darüber hinaus investiere das Stadtcasino jährlich umfangreiche Mittel im Bereich Sponsoring und Kultur. Bei einem Verkauf wären diese Beiträge gefährdet. Detlef Brose, CEO des Grand Casino, argumentiert ähnlich. Die Eigentümerstrategie des Hauptaktionärs sei zwar nicht Sache der Geschäftsleitung oder des Verwaltungsrates der Stadtcasino Baden AG «Allerdings verweisen wir in diesem Zusammenhang auf die positive Imagewirkung des Grand Casino Baden für Stadt und Region.» Sollte eine neue Hauptaktionärin das Unternehmen ausschliesslich gewinnorientiert führen, würde dies voraussichtlich zu Nachteilen bei den Arbeitsplätzen, den Sponsoringaktivitäten und vor allem bei den Chancen der Neukonzessionierung ab 2023 führen, sagt Brose. Die Konzessionen aller 21 Schweizer Casinos laufen noch bis Ende 2024, so Brose. Neues Online-Casino: Bereits mehrere tausend Anmeldungen

Autor	Beitrag
	Das Stadtcasino Baden ist die erste Schweizer Spielbank, die eine abschliessende Betriebsbewilligung für ein Online-Casino erhalten hat. Der Start von «jackpots.ch» erfolgte vor einer Woche. «Wir sind mit der Startphase unseres Online-Casinos sehr zufrieden», sagt Detlef Brose, CEO des Grand Casino Baden. «Die Anzahl der Registrierungen, die bereits mehrere tausend beträgt, übertraf unsere Erwartungen.» Aus regulatorischen Gründen hätten bisher leider nur 50 Spiele lanciert werden können. Wir werden unser Spielangebot aber laufend erweitern», verspricht Brose. Ermöglicht wird das Online-Casino durch das neue Geldspielgesetz, das seit Anfang Monat in Kraft ist und letztes Jahr vom Volk angenommen wurde. Damit sollten unter anderem ausländische Onlineglücksspiele verbannt werden. Doch wie der «Tages-Anzeiger» diese Woche berichtete, ist dies bisher nur zum Teil gelungen. Brose: «Einige der bislang in der Schweiz illegal tätigen Internet-Casinos wie etwa Pokerstars, Leo Vegas oder Mr. Green haben inzwischen ihr Angebot für die Schweiz gesperrt. Dies, da sie es vermeiden wollen, auf der Sperrliste zu landen und Nachteile in den regulierten Märkten befürchten zu müssen.» Dennoch sei das Problem damit natürlich nicht gelöst und somit gross, denn es gebe weiterhin zahlreiche illegale Online-Angebote in der Schweiz, erklärt Brose. «Aus unserer Sicht sind die Strafbestimmungen des neuen Geldspielgesetzes leider immer noch zu lasch, was auch die zahlreichen illegalen Casinos im landbasierten Casino-Markt belegen. Wir fordern nach wie vor ein rigoroses Vorgehen gegen derartige Kriminalität in der Schweiz, auch im Sinne des Spielerschutzes.» Zudem sei es wichtig, dass möglichst bald der Markt mit legalen Schweizer Casinos besetzt werden könne. https://www.badenertagblatt.ch/aargau/baden/glp-politiker-fordert-die-stadt-soll-ihre-casino-aktien-verkaufen-134741354

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge:

Powered by: PDF Thread Hack 1.0 Beta 2 © 2004 Christian Fritz
Powered by Burning Board 2.3.6 pl2 © 2001-2004 WoltLab GmbH